

Das Hariri-Tribunal hat nicht über die libanesische Justiz zu richten

Interview mit Daoud Khairallah

Werden die Richter des Sondertribunals zum Libanon, die den Auftrag haben, den Mord an dem früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri zu untersuchen, sich in einem historisch zu nennenden Schritt dazu durchringen, die Einsetzung dieses Tribunals auf internationaler Ebene für unzulässig zu erklären, oder werden sie sich damit abfinden, dass Machtpolitik über die Grundlagen des Rechts triumphiert?

Von der Redaktion der Tageszeitung "Al-Akhbar"

Al-Akhbar: Die Strafkammer des Libanon-Sondertribunals (STL) hat am 13. und 14. Juni 2012 eine öffentliche Anhörung abgehalten, bei der die Verteidigung Argumente vortrug, die die Gesetzmäßigkeit der Einrichtung des Tribunals im Zuge der UN-Sicherheitsratsresolution 1757 (2007) in Frage stellen. Eine Entscheidung darüber wird in den kommenden Wochen erwartet. Was glauben Sie, wie die Richter urteilen werden, vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrung als Professor für internationales Recht an der Georgetown-Universität (Washington DC) und zugleich als jemand, der den Fall von Anfang an verfolgt hat?

Daoud Khairallah: Wenn das STL Ehrlichkeit, Unabhängigkeit und Kompetenz besitzt, erwarte ich, dass die Richter sich hinter den Antrag der Verteidigung stellen, der die Legalität des Tribunals in Frage stellt.

AA: Warum?

DK: Um diese Frage zu beantworten, muss ich zurückkommen auf das erste Tribunal, das vom UN-Sicherheitsrat eingerichtet wurde, den Internationalen Strafgerichtshof für Jugoslawien, vor allem aber auf den Fall des Angeklagten Duško Tadić, dessen Verteidiger die Rechtmäßigkeit des Tribunals bestritten, da der UN-Sicherheitsrat ihrer Meinung nach nicht über die Befugnis verfüge, solche Tribunale einzusetzen. Ihr Argument war, dass die UN-Charta dem Sicherheitsrat keine solche Macht verleihe.

Der Gerichtshof verwarf den Einwand zunächst mit der Begründung, dass es nicht in seiner Macht stünde, die Gültigkeit von Sicherheitsratsbeschlüssen zu überprüfen.

Als die Verteidiger wegen dieser Entscheidung des Gerichts in Berufung gingen, urteilte der verstorbene Richter Antonio Cassese (der auch der erste Präsident des STL war), dass der Sicherheitsrat keineswegs über allen rechtlichen Bestimmungen stehe und vielmehr an bestimmte Standards gebunden sei, so die UN-Charta und das Jus cogens, das verbindlich festgelegte internationale Recht.

Die Berufungskammer entschied jedoch, dass der UN-Sicherheitsrat sich nicht über diese Einschränkungen hinweggesetzt habe, als er das Jugoslawien-Tribunal beschloss, das erklärtermaßen für die Aufklärung und Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständig ist, die während eines bewaffneten Konflikts begangen wurden, der immer weiter um sich griff und sich in die Länge zog, so dass jene Verbrechen eine Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit darstellten.

Dieses, so entschied die Berufungsinstanz, rechtfertigte die Einrichtung eines internationalen Tribunals durch den Sicherheitsrat, mit weitreichenden Vollmachten, den Weltfrieden und die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Aber alle diese Argumente treffen nicht auf den Fall des Hariri-Mordes zu. Es gab keine Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit und keine Kriegsverbrechen, keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder gegen das internationale Recht, was auch der Grund dafür ist, dass das STL libanesisches Recht und nicht internationales anwendet.

Der Sicherheitsrat setzte das Jugoslawien-Tribunal von sich aus und ohne Rücksprache ein, wobei er sich auf Artikel VII der UN-Charta berief, während die rechtliche Basis für das STL ein Abkommen ist, das verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genügt, was seinen Wert null und nichtig macht. Der libanesische Präsident war nicht an den Verhandlungen beteiligt, und das Parlament hat nie darüber abgestimmt, so wie es Paragraph 52 der libanesischen Verfassung verlangt.

AA: Aber Chefankläger Norman Farrell argumentiert, dass Parlamentssprecher Berri gegen die Geschäftsordnung des Parlaments verstoßen habe, indem er das Parlament einfach nicht einberief, um über das Abkommen zu diskutieren und abzustimmen.

DK: Ich kann nicht auf die Gründe eingehen, die Parlamentssprecher Berri für sein Vorgehen nannte, aber was der Chefankläger in diesem Zusammenhang gesagt haben soll, ist eine

offenkundige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Libanons, denn es fällt nicht in die Zuständigkeit des Tribunals, über dergleichen Fragen zu befinden. Das ist eine Preisgabe der nationalen Souveränität, und ich hoffe, die libanesischen Richter am STL werden das zur Kenntnis nehmen!

AA: Das STL behauptete auch, dass die libanesische Justiz nicht in der Lage sei, für Recht zu sorgen. Wäre das nicht ein guter Grund, die israelischen Spione freizulassen, die von libanesischen Gerichten verurteilt wurden?

DK: Es fällt auch nicht in die Zuständigkeit des Gerichts, über die Befähigung oder das Unvermögen der libanesischen Justiz zu urteilen. Es ist die Aufgabe der libanesischen Justiz, Verbrechen zu verfolgen, die auf libanesischem Boden begangen wurden, und keine fremde Partei hat das Recht, da hineinzureden. Das ist eine der Grundbedingungen der libanesischen Souveränität.

AA: Wie steht es denn um die libanesischen Richter am STL?

DK: Sie haben die einzigartige Chance, das Ansehen der libanesischen Justiz wiederherzustellen, von der behauptet wurde, dass sie außerstande sei, etwas richtig zu tun und Gerechtigkeit zu schaffen. Sie haben die Gelegenheit, die Unabhängigkeit Libanons und seiner Justiz zu verteidigen.

AA: Aber wird ein libanesischer Richter die Hand beißen, die ihn füttert, mit einem Gehalt, das um vieles höher liegt als das seiner Kollegen an libanesischen Gerichten?

DK: Das hängt ganz vom Charakter des Richters ab und davon, wie viel Selbstachtung er besitzt. Was einen Richter antreibt, seine Pflicht zu erfüllen, steht im Allgemeinen höher als jede Bezahlung.

AA: Wer hat dann die libanesische Souveränität verkauft?

DK: Die Regierung, die das Abkommen unterzeichnete, das zur Einrichtung des STL führte. Das war ein kompletter Ausverkauf der libanesischen Souveränität.

AA: Meinen Sie die Regierung des Jahres 2007 unter dem früheren Premierminister Fouad Siniora?

DK: Ich meine die Partei, die dem Abkommen zustimmte. Ich denke, dass es unwahrscheinlich ist, dass diese libanesische Partei absichtlich die Unabhängigkeit des Landes verraten wollte.

AA: Glauben Sie, dass die Regierung Siniora nicht wusste, was sie tat, als sie die libanesische Unabhängigkeit verriet, indem sie das Abkommen unterzeichnete?

DK: Ich möchte ihre Schuld in einem etwas milderem Licht darstellen, indem ich sage, dass jene Regierung wohl aus Unwissenheit handelte. Tatsächlich weist nichts im Abkommen auf eine Absicht hin, die Souveränität aufzugeben, um etwa das verfassungsgemäß zuständige Parlament, seinen Sprecher oder irgendeine andere libanesische Einrichtung zu umgehen. Ich glaube nicht, dass Siniora dies bewusst so gewollt hat.

AA: Ist es möglich, dass das Tribunal den UN-Sicherheitsrat für seine Einrichtung zur Rechenschaft zieht?

DK: Das Tribunal hat jetzt die Rechtmäßigkeit und die rechtliche Begründung einer Entscheidung des Sicherheitsrats zu prüfen. Wenn es in ihr irgendeinen Fehler erkennt, sollte es offen auf diesen hinweisen, und seine Entscheidung sollte seine Überzeugungen widerspiegeln.

AA: Stimmt es, dass ein Urteil über die Unrechtmäßigkeit der Entscheidung des UN-Sicherheitsrats keine Sanktionen zur Folge haben würde, sondern einen Präzedenzfall schaffen könnte, mit dem Erfolg, dass die Macht des Sicherheitsrats etwas beschnitten würde.

DK: Ein solcher Präzedenzfall würde die Macht des Sicherheitsrats, die er aufgrund der UN-Charta hat, zwar nicht beschränken, aber es würde den Verletzungen der UN-Charta und des internationalen Rechts durch den Sicherheitsrat Grenzen setzen.

AA: Aber glauben Sie denn, dass der Sicherheitsrat und vor allem die Großmächte, die hinter ihm stehen, es einfach so hinnehmen würden, wenn ein Gericht die Legalität einer seiner Entscheidungen in Frage stellt?

DK: Die Schönheit des Rechtssystems liegt darin, dass Richter Rechtsprinzipien verpflichtet sind. Die Verbundenheit eines Richters mit ihnen sollte der bedeutendste Wert und die hauptsächliche Triebfeder gewagter Entscheidungen sein. Darin liegt der Unterschied zwischen einem anständigen, mutigen und unabhängigen Richter und einem Richter, der sich vom Wind treiben lässt.

Antonio Cassese: Das ist Politik!

Am 23. April 2009 fragte "Al-Akhbar" den früheren Präsidenten des STL, den verstorbenen Richter Cassese, wie es sein kann, dass für die 1.300 Libanesen, die im israelischen Krieg gegen Libanon 2006 starben, kein internationales Tribunal eingerichtet wurde, während im Fall Hariri ein Mann allein sein internationales Tribunal erhält?

Cassese antwortete: "Ich stimme Ihnen zu, aber das ist Politik. Sie sollten den Politikern in New York vorwerfen, dass sie keinerlei Maßnahmen ergriffen angesichts der Verbrechen in Ghaza und im Südlibanon, während sie im Fall der Ermordung Hariris einschritten. Das ist Politik. Aber werfen Sie es nicht uns vor, wir haben mit Politik nichts zu tun. Wir sind keine Politiker. Wir sind Fachleute, die gefragt wurden, in einem besonderen Fall Gerechtigkeit zu suchen. Ich habe persönlich eine Petition an den UN-Generalsekretär unterschrieben, mit der Forderung, eine Untersuchungskommission nach Ghaza zu entsenden. Aber nichts geschah."

Das Interview erschien am 19.06.2012 auf Arabisch in der Tageszeitung "Al-Akhbar" und zugleich auf Englisch auf deren Internetseiten "Al-Akhbar English". Übersetzt von JT